

Nicht lebensfähige Länder und bedrohte Städte.

Wer nicht im Besitz des amtlichen Materials ist, daß bei den Beratungen über den Finanzausgleich zur Verfügung stand, dem ist es unmöglich, ein einigermaßen objektives Urteil über die Auswirkungen dieses Gesetzes zu fällen. Daß es uns nicht ganz unbedenklich erscheint, haben wir wiederholt zum Ausdruck gebracht. Andererseits ist natürlich zu sagen, daß das Vertrauen der Zentrumsführer zu den Finanz- und Steuerschleuten der Zentrumsfraktion des Reichstags stark genug sein sollte, um nicht allzu viel auf die die Absichten der Regierungsparteien als hodenlos schlecht hinstellenden oppositionellen Stimmen der Linken zu geben. Kritisieren ist noch immer leichter als Bessermachen.

Auch die Väter dieses neuen provisorischen Finanz-
ausgleichs werden nicht behaupten, daß er die Frage
der Verteilung der Reichsgelder auf Reich, Länder und
Gemeinden ideal löse. Da aber die Vorarbeiten für
den endgültigen Finanzausgleich, der Ländern und Ge-
meinden das Zuglufsrecht zur Einkommen- und Kör-
perlichkeitssteuer zurückerbringen soll, noch nicht soweit ge-
trieben sind, daß jetzt eine derartige Lösung versucht wer-
den könnte, bleibt zunächst nichts anderes übrig, als den
bisher geltenden Finanzausgleich mit Veränderungen,
die sich als notwendig herausgestellt haben, zu verän-
dern. Ueber die Einzelheiten der Vorlage ist in letzter
Zeit so viel berichtet und geschrieben worden, daß hier
nicht noch einmal eine Wiederholung erfolgen soll, zu-
mal ja die gegenwärtigen Verhandlungen im Plenum
des Reichstags diesen vielen Zeitgenossen recht lang-
weilig erscheinenden Gegenstand betreffen. Nur auf
zweielerlei sei hier, soweit die Folgen des neuen
Kompromisses in Frage kommen, eingegangen.
1. Einer der umstrittensten Paragraphen des bisher-
igen Finanzausgleichs war der Paragraph 35.
Dieser bestimmt, daß das Reich den Ländern, die in
einem Steuerjahr mit mehr als 20 v. H. hinter dem
Reichsdurchschnitt zurückbleiben, ihren Anteil bis zur
Erreichung der Grenze von 80 v. H. nachträglich aus
dem Reich verbleibenden Einnahmen an Einkom-
mensteuer zu ergänzen hat. Nun stehen aber, wie ein
höherer Ministerialbeamter in der „Königlichen Zeitung“
herausdrückt, mit Ausnahme der Pfandschäbte, die
infolge der Anomalie, daß sie als Standkationen
den Reichsdurchschnitt in doppelter Form erhalten,
nämlich einmal als Staaten, dann als Städte, und da-
mit sehr erheblich über dem Reichsdurchschnitt stehen,
mit Ausnahme ferner von Anhalt und
Braunschweig, alle kleinen Länder
unter dem Reichsdurchschnitt, errel-
chen auf 80 v. H.-Grenze nicht. Einige gehen bis
auf 55,8 ja bis auf 38,74 v. H. herunter. Auch
Bayern steht unter dem Reichsdurchschnitt, Thürin-
gen und Hessen nur eine Kleinigkeit darüber. Alle diese
Länder haben nun auf Grund des Paragraphen 35
Ergänzungsforderungen in der Höhe
von Dutzenden von Millionen beim Reich
eingebracht. Das Reich oder, beutlicher gesagt,
die finanzstärkeren Länder sollen sie alimentieren. Mit
Hilfe des Paragraphen 35 halten sie ihre Eigenin-
dustrie aufrecht, ja sie finden in diesem Paragraphen
geradezu einen Anreiz dazu. Der erwähnte Mini-
sterialbeamte gibt dafür zwei treffende Beispiele:

[illegible]

Wedenburg-Strelitz, bei dem nicht zu er-
kennen ist welche „Stammesangehörigen“ seine Bedürf-
nisse hindern, sich mit Wedenburg-Schwern zu verein-
igen. In der Mitte des 18. Jahrhunderts ein Parla-
ment mit 3 Abgeordneten, zwei Staatsministern, zwei
Ministerialdirektoren, acht Ministerialräthen und was
sonst noch zu einem selbständigen Regierungssprengel
gehört, unterhält, bleibt (1925) mit fast 50 v. H. unter
dem Reichsbudgetschnitt zurück und verlangt auf Grund
des Patenaragraphen 35 einen Zuschuß von nahezu
einer Million. Gleichfalls aber wird bekannt, daß
in diesen Länden in Neustrelitz, einer Stadt von 12000
Einwohnern, anstelle seines abgebrannten Hoftheaters
ein neues, wohl würdiger als das alte erbautes Sill-
theater, wozu natürlich der Staat erhebliche Zuschüsse
zahlen muß. Damit soll auch nicht jene die Zukunfts-
aufgabe gesagt sein, wohl aber muß man diese Zukunfts-
aufgabe eingestehen, daß dieser Reubau, gegen
Endes auf Kosten anderer Länder vor sich geht,
während in Preußen in viel größeren Städten die The-
ater der Not der Zeit zum Opfer gefallen sind.

Diese Beispiele genügen, um die Beschauptung zu zeigen, daß der bisherige Paragraph 35 ein (aus der Inflationssicht überkommener) politischer Aufschub ist. Daraus war nicht zu umgehen, daß man ihn abänderte. Und das ist in den Verhandlungen zwischen der Regierung und den Regierungsparteien geschehen. Nach der vom Stenorausschuß angenommenen Forderung, der das Plenum in seiner Mehrheit be-

Zwischensfälle bei Bismarckfeiern.

Tragischer Tod des Generalmajors von Wrisberg.

+ Berlin, 1. April.

Vor dem Bismarckdenkmal am Reichstage erschien heute mittag anlässlich des Geburtstages des Kaiserthums der Reichstagspräsident unter der Führung des Reichsmajors Ernst von Brissberg, Präsident des Ostmarkenbundes. Dieser versuchte eine Ansprache zu halten, wurde aber von der Polizei darauf aufmerksam gemacht, daß dies den Bestimmungen des Bannmeilengesetzes widerspreche. Als der Redner trotzdem weiter sprach, sortierte ihn ein Schutzmann aus, mit zur Wache zu kommen. Generalmajor v. Brissberg folgte dieser Aufforderung, brach aber nach 20 m dann plötzlich zusammen. In der Charité konnte nur noch sein Tod festgestellt werden.

Von unserer Berliner Redaktion wird uns dazu noch
gegrüßet:
Unter tragischen Umständen hat Generalmajor a. D.
von Brissberg, der ehemalige Direktor des Allgemeinen
Kriegsdepartements und Vorsitzende des Deutschen
Schmerzvereins, ein jähes Ende gefunden. Der Wor-
twesche!, in den der 64jährige General anläßlich der
Feierlichkeit vor dem Bismarckdenkmal am Reichstag
geriet, verurteilte ihn in eine folsche Auslegung, daß er
einen tödlich verlaufenen Schlaganfall erlitt.

Das Bismardenkmal im Tiergarten liegt bekanntlich innerhalb der sogenannten Bananneile, in der keinerlei Versammlungen abgehalten werden dürfen. Bei besonderen Anlässen müssen immer der Minister des Innern und der Präsident des Reichstages gemeinsam ihre Zustimmung zur Abhaltung von Veranstaltungen besonders erteilen. Die Polizei, bei welcher sonst Versammlungen angemeldet werden müssen, hat nicht: Das Recht, solche innerhalb der Bananneile zuzulassen. Franzniederlegungen am Bismardenkmal werden notwendig stillschweigend geduldet. Auch am Freitag, als die Abordnung, an deren Spitze v. Brissberg schritt, franztragend auf dem Platz der Republik erschien, stürte der dort diensthabende Schupobeamte Meister die Führung in seiner Weise. Erst als Generalmajor von Brissberg, dem Franz des Ostmarkenvereins mit einem schwarz-weiß-roten Bande in der Hand, das Postament des Bismardenkmalns bestieg und dort vermutlich eine Rede halten wollte, trat der Schupobeamte dazwischen. Er sahnte den General am rechten Arm und sagte: „Wir sind noch in der Bananneile, hier darf nicht gesprochen werden.“ Dabei hielt er den General am Arm fest. „Lassen Sie mich nicht an!“ erwiderte General v. Brissberg, und wollte, wie der Schupowachmeister behauptet, nunmehr seine Rede beginnen. Der Polizeibeamte rüttelte jetzt den General am Arm und forderte ihn auf, mitzukommen. General von Brissberg, der seine Aufregung kaum mehr meistern konnte, erwiderte mit blauen Lippen energisch: „Es ist mir eine Ehre.“ Er machte eine kurze Verbeugung vor dem Polizeibeamten und stieg vom Postament herab. Nun versuchten die anderen Anwesenden dem Schupowachmeister klar zu machen, um

stimmt beitreten wird, sollen künftig die steuer Schwachen
Länder ihren Anteil nicht mehr bis zur Erreichung der
Grenze von 80 v. H. des Reichsbudgetmittels aus Reichs-
mitteln ergänzt erhalten, sondern nur noch so viel,
als das Reich von ihnen selbst erhält, das heißt:
das Reich überläßt ihnen ihre Einkommen- und
Körperschaftsteuer ganz, verzichtet also darauf, daß sie
zum Bedarf des Reichs von diesen Steuern überhaupt
etwas beitragen. Betrachtet man diese Bestimmung
auf ihre finanzielle Auswirkung hin, so heißt das, bei
Zugrundelegung eines Aufkommens an Einkommen-
und Körperschaftsteuer von drei Milliarden und eines
Garantiebetrags von 2,6 Milliarden Mark: im Jahre
1927 erhält Mecklenburg-Schwerin statt 5,863 Mil-
lionen, 4,937 Millionen, also 426 000 Mark weniger,
Elbe statt 1,463 Million 1,138 Million, gleich 325 000
Mark weniger, Mecklenburg-Streit statt 1,086 Mil-
lionen, 736 000, 351 000 Mark weniger, Lahn statt
1,668 Million 0,271 Million, 597 000 Mark weniger.
Für Oldenburg und Schaumburg-Elpe ändert sich
nichts. Macht zusammen für das Reich eine Erparnis
von 1,699 Million. Die „Rheinische Ztg.“, der wir auch
diese Berechnung entnehmen, bemerkt mit Recht, daß
diese Summe wohl für das Reich eine Bagatelle sei,
nicht aber für die betreffenden Länder.
Der neue Paragraph 35 hat eine deutliche Spitze ge-
gen die Kleinstaaterei und wird sich hoffentlich
auch noch dieselbe Richtung hin auswirken.

Der Finanzausgleich ist auch für die Gemeindegemeinden von größter Bedeutung. Und da ist bisher festzustellen, daß er, obwohl die Gemeindebeitragssteuer nicht von der Bildfläche verschwindet, den für die kommunalen Finanzen verantwortlichen Männern nicht die geringe Sorge bereitet. Hier und da wie beispielsweise in der Reichshauptstadt ist geltend gemacht worden, daß die Steuer, die die Einkommen- und Körperschaftsteuer nach dem bisherigen Aufkommen verteilt werden soll und kann, von den Berliner Einkommen- und Körperschaftsteuer mehr als 20 Millionen an andere Gemeinden abgeführt werden dürfen, verläßt augenblicklich

welche Persönlichkeit es sich handelte. Der Polizeibeamte aber hielt den General auch weiterhin am Arm fest und wollte ihn abführen. Kaum waren sie ungefähr 20 Schritte gegangen, da stürzte plötzlich Wriberg, dessen Erregung sich sichtlich immer mehr gesteigert hatte, von einem Herzschlag getroffen zu Boden.

Die Tatsache, daß General v. Wrisberg sich auf das Postament gestellt hatte und anheimelnd von dort aus eine Rede zu halten versuchte, nahm auch das Berliner Polizeipräsidium zum Anlaß, um zu erklären, daß durch die Franzisiederlegung vor dem Denkmal den Charakter einer vaterländischen Versammlung erhalten habe, und daß es deshalb Pflicht des Polizeibeamten gewesen sei, hiergegen einzuschreiten. Das Polizeipräsidium behält sich jedoch vor, den traurigen Vorfall noch eingehend zu untersuchen.

Der bedauernde Zwischenfall kam am Freitag auch im Landtag zur Besprechung. Die Deutschnationalen stellten diesbezüglich eine Anfrage und forderten das Erscheinen des Innenministers. In dieser Interpellation wurde die Schuld am Vorfall auf das angeblich „rigorose Vorgehen der Schutzpolizei“ zurückgeführt. Der deutschnationale Vorstoß hätte, wie nicht anders zu erwarten, zu stürmischen Gegenübungen der Kommunisten und Sozialdemokraten. Die Erklärungen des Innenministers Grzesiński verfielen durch ihre Objektivität äußerst wohlwollend. Er gab unumwunden die Möglichkeit zu, daß die Schuld auf Seiten des Beamten liege, der die Franzisniederlegung nicht hindern durfte und lediglich befragt gewesen wäre, die Personalien des Generals festzustellen. Herr von Brissberg habe, wie sich aus einer neueren Darstellung ergebe, nur die Absicht gehabt, mit einigen Worten den Akt der Franzisniederlegung zu begleiten. Wenn das der Fall gewesen sei, so habe der in Betracht kommende Postbeamte eine Befragung zu gewärtigen.

Politische Zusammenstöße in Köln.

4. April. Im Anschluß an die von den wasserländischen Verbänden gestern abend veranstaltete Bismarcksfeier kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zwischen einzelnen Teilnehmern und politischen Gegnern zu Zusammenstößen bei denen in zwei Fällen Schußwunden Verletzungen erlitten. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor und stellte in allen Fällen die Ruhe und Ordnung wieder her.

Störungen in Hamburg.

Hamburg, 1. April. Nach einem Bericht der Hamburger Polizei verliefen der Aufmarsch zur Wisnardsfeier und die Feiern selbst ohne nennenswerte Störungen. Bei dem Wiksmarsch jedoch wurden die Teilnehmer an der Feiern in verschiedenen Stadtteilen beschästigt. [so] die Polizei an mehreren Stellen eingreifen mußte. Ein Polizeibeamter und ein Teilnehmer wurden durch Messerchläge verletzt. Die Polizei nahm rund 40 Sittierungen vor. Festigere Zusammenstöße sind nirgends erfolgt.

dem Ausdruck, der auf der Brust der Finanzminister anderer Städte laset. So verdienen Bemerkungen zur Reichspolitik Beachtung, die Oberbürgermeister Wacht in seiner Etatsrede vor den Gemeinen Stadtverordneten machte. Er erwähnte, daß die Ausfälle infolge der Aufhebung der Getränkesteuer auf Wein und Branntwein sich in Essen auf 800 000 Mark belaufen. Als völlig unverständlich bezeichnet er den Plan eines reichsgesetzlichen Zwanges zur Herabsetzung der Realsteuern, b. h. der einzigen beweglichen Steuerquelle, die den Gemeinden noch verblieben ist. Dazu sagte er im einzelnen:

Der Vertreter des preussischen Finanzministers habe mit Recht hervorgehoben, daß dieser Plan keine verfassungsmäßige Grundlage habe und praktisch auszuführen sei, da die Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden völlig verschiedenartig liegen. Der Redner offenbart, daß bei jährlichen Reichsabgabenordnungen, offenbar sogar bei der Mehrheit des Reichstages, kein Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten der Gemeinden nicht zu finden sei. Werde der Vorschlag der Erhebung von Realsteuern vorschli, Gesetz, so werde in zahlreichen Gemeinden eine geordnete Finanzwirtschaft überhaupt unmöglich, da ein Ausgleich durch entsprechende Erhebung werden könne. In vielen Gemeinden werde eine gesetzliche Bindung der Realsteuern zu einer unermittellichen Erhöhung der Tarife führen, b. h. zu einer durchaus unzulässigen Belastung des Lebensnotwendigen Bedarfs der Bevölkerung. Von der unbefriedigenden Gestaltung des Finanz- und Landesausgleiches hänge die Zukunftsentwicklung der deutschen Gemeinden, dementsprechend jenem im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, wesentlich ab. Es handele sich dabei nicht etwa um ein finanztechnisches Problem, sondern um eines der wichtigsten, wenn nicht um das wichtigste Problem unserer inneren Reichs- und Staatspolitik.

Diese sorgenvolle Kritik stammt wohlgerne von einem Oberbürgermeister, der auf dem Boden der Zentrumspartei steht. Nicht weniger kritische Worte hat längst Oberbürgermeister Adenauer in Köln zum Thema Reichspolitik und Gemeindefinanzen gesprochen. Tatsächlich läßt sich der Eindruck nicht

Eine Erklärung des Reichsfinanzministers.

Die Eintreibung der Steuerrückstände. — Die Forderungen der Liquidationsgeschädigten, Kriegsverletzten und Beamten.

(1) Berlin, 1. April. In einer Unterredung über die schwedenden finanziellen Fragen, die der Reichsfinanzminister Dr. Köhler heute einem Vertreter des B. L. B. gewährte, erklärte der Minister auf die Frage, worauf sich die Hoffnung stütze, daß das Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer den zum Ausgleich des Etats nötigen Mehretrag erbringen werde, diese Hoffnung stütze sich auf die Steuereingänge im Januar und Februar dieses Jahres und die fortschreitende Besserung unserer Wirtschaftslage. Im Etatsvorschlag habe man seinerseits natürlich das Aufkommen für diese Monate noch nicht eingebracht können. Die Frage, ob auch für andere Einnahme-Positionen die Hoffnung auf höhere Erträge bestehe, wurde vom Minister mit dem Hinweis darauf verneint, daß u. a. die Umsatzsteuer und die Reichsbürgersteuere, ebenso wie Zölle bereits im Etatsvorschlag außerordentlich stark in die Höhe geschätzt worden sind. Für neue notwendige Ausgaben, erklärte der Minister auf eine weitere Frage, stehe der gegenwärtige Etat keine Mittel vor. Seine Meisten sind bereits im Etat eingeplant. Die Devise ist also: Sich nach der Decke strecken.

Auf die Frage, ob die Steuerrückstände, die bereits in die die Einnahmepositionen des Etats einberechnet sind, restlos einzutreiben sein werden, wurde vom Minister erklärt: Ich nehme an, daß diese Rückstände, die sich auf eine halbe Milliarde belaufen, zum überwiegenden Theile einkommen werden. Selbstverständlich wird bei der Eintreibung, die absolut notwendig ist, im Interesse der übrigen Steuerzahler mit der gebotenen Rücksicht vorgegangen werden. Exzessiven zu vernichten, um Steuerbeträge zu erhalten, kann nicht in der Aufgabe der Reichsfinanzverwaltung liegen. Gegen bewußte Saboteure der Steuer-Gegebung wird allerdings unnachlässig, wenn erforderlich auch gerichtlich, vorgegangen werden.

Die Unterrednung wandte sich dann den Fragen des Finanzangelegnisses zu, wobei der Minister auf eine diesbezügliche Frage antwortete, daß an der Finanzpolitik des Reiches nichts geändert worden sei. Wenn 2,6 Milliarden Gesamtgarantie in den Etat eingeplant worden seien, so könne dabei von einem Geschnitt an die Länder gar keine Rede sein, denn diese hätten einen gesetzlichen Anspruch auf 75 Prozent der Einkommensteuer und nach der Auffassung des Ministers würde der genannte Betrag im Jahre 1927 auch tatsächlich auskommen.

Auf die Frage, inwieweit die bis jetzt noch nicht beachteten Forderungen, unter anderem auch die der Liquidationsgeschädigten, befriedigt werden würden, erwiderte der Minister, er würde in der allernächsten Zeit mit festen Vorschlägen an das Kabinett und die gesetzgebenden Körperschaften herantreten. In der Angelegenheit der Beamtenbesoldung und der Erhöhung der Bezüge der Kriegsschädigten sei das Kabinett entschlossen, noch im Laufe dieses Jahres feste Vorschläge dem Parlament zu unterbreiten.

Der Verfall der Völkischen.

× Berlin, 1. April. Die deutschnationale Landtagsfraktion nahm die aus der böhmischen Freiheitspartei ausgetretenen Abgeordneten Stod und Kaiser als Mitglieder der deutschnationalen Fraktion auf.

Von der Landtagsfraktion der Deutsch-böhmischen Freipreispartei wird die folgende Erklärung ausgegeben:

Infolge des Ausscheidens der Abgeordneten Stod und Wenzler aus der Gruppe der Deutsch-böhmischen Freipreispartei im Preussischen Landtag ist in der Presse die Meinung ausgeprochen worden, daß weitere Austritte bevorstünden. Demgegenüber erklären die deutsch-böhmischen Abgeordneten des Preussischen Landtages, daß keiner von ihnen daran denkt die Pothne zu verlassen.

Der deutsch-französische Handelsvertrag.

Berlin, 1. April. Wie das Wolffbüro erfährt, wird die deutsche Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich unter der Leitung von

Der Beweis ist erbracht!

daß meine Angebote in Bezug auf Preis, Qualitäten und tadellosen Sitz konkurrenzlos sind.

Herren-Anzüge

in Garbadine, Kammgarn usw.
1a. Verarbeitung, 1- u. 2-reihig,
von Mk. 58.—, 45.—, 19.00
32.—, 24.— und 17.00

Burschen-Anzüge

aus guten tragfähigen Stoffen,
von Mk. 48.—, 35.—, 29.—, 23.— und 17.00

Knaben-Anzüge

in vielen Formen und Mustern,
von Mk. 18.—, 12.50, 8.75, 6.50 4.25

Sport-Anzüge

30.—, 32.50 28.75

Sommerjoppen

5.50, 4.95 3.75

Damen-Mäntel

in den allerneuesten Stoffen
und hübschen Farben
von Mk. 39.50, 32.—, 19.50
26.50, 22.50 19.00

Herren-Garbadine-Mäntel

in mod. Farben m. Falten
u. Riegel von 57, 45 75, 39.00

Gummimäntel u. Windjacken

für Damen u. Herr. in verschie-
denen Formen u. Preislagen.

blaue Arbeits-Anzüge

8.70, 6.00, 4.90

Breechesen

10.75, 8.75 7.75

Anfertigung eleganter Damen- und Herren-Garderobe nach Maß.

Großes Lager in Anzug-, Kleider- und Mantelstoffen.

Heinrich Schröder

Konfektion, Manufaktur- und Bettwaren

Bocholt - Schützenstrasse 30

M.-G.-V. Sängerbund e. V. Bocholt

Chormeister W. Overheidt, Wesel.

Sonntag, den 3. April 1927, nachm. 5 Uhr (pünktlich),
im Saalbau des St. Georgius-Schützenvereins:

Beethoven-Konzert

(Chor- und Orchestervorträge).

Orchester: Reichsband ehem. Militärkapelle e. V. Dortmund.

Leitung: Musikdirektor A. Lambert.

Chor: M.-G.-V. Sängerbund (Männer- und Frauenchor).

Leitung: Musikdirektor W. Overheidt, Wesel.

Aus der Vortragsfolge:

Leonoren-Ouvertüre Nr. 3, Trauermusik mit Posaunen-
begleitung, Symphonie Nr. 5, Opiet für Sopran solo,
Chor a. Orchester, Chor der Gefangenen aus Fido a. a.

Numerierte Stahlreihen. Karten zum Preise von 200 M.
sind in der Buchhandlung Valk, Nobelstr. 7, zu haben.
Dortselbst erhalten die passiven Mitglieder nach ihre Karten
gegen Vorzeigung der letzten Beitragszahlung.

Apollo-Theater

Die glänzenden Aufführungen
die als einzig dastehend bezeichnet werden.

Nur noch Samstag, Sonntag, Montag
der deutsche Großfilm: mit



OTTO GEBÜHR

„In Treue stark“

8 Akte von blauen Jungens und deutscher Treue, von See-
mannslust und Leid. Manuskript: Marie Luise Droop.
In den Hauptrollen:
Otto Gebühr, Paul Richter, Claire Rommer,
Aud Egede Nissen, Angelo Ferrari
Gertrud Arnold u. a. m.

2. FRED THOMSON

mit seinem Wunderpferd „Silberkönig“
in der großen Sensation:

Der nächtliche Kämpfer

6 spannende Akte aus dem Farmerleben.

3. Tim der Nachtschwärmer.
Lustspiel.

Merken Sie sich!

Übernahme Reparaturen an Auto-
und Motorfahrzeugen bei höchster
Garantie und raschen Preis.

Bocholter Dampf-Vulkanisier-Anstalt
Ewaldstr. 5.

MÄNTEL

JACKENKLEIDER
SEIDEN-WOLLKLEIDER
UND BLUSEN

finden Sie in reicher Auswahl, nur
wirkliche Qualitätsware, zu aller-
billigsten Preisen.

Zwangslose
Besichtigung gestattet.
Telefon 459.

MODE-SALON
BELLA COHEN

Emmerich Platz Bahnhof Kleinbahn

Nur 4 Tage: vom 5. April bis 8. April.

Das Programm vom
CIRCUS CARL

HAGENBECK

ist einzig-dastehend!
25 allereinstklassige Nummern.
Eine Attraktion folgt der andern.
Es ist unmöglich, alle Nummern hier aufzuzählen.

6 KONYOTS
die ausgezeichneten lockey-Reiterinnen.

3 LEO-TARD'S
die fliegenden Menschen mit Charlie Chaplin.

3 ARCONAS
einzigartiger Perch-Akt.

Wunderbare Pferdedressuren (Gruppe von 12 Pferden),
vorgeführt von Mr. Anker.

Fr. Edith die amtierende Parforce-Reiterin. Die Bourbonnais Parforce-Akrobatin.

Dressurier See-Elefant, Löwen, Elefanten,
braune Affen, Krokodile, Seelöwen,
Zebren, Elefanten usw. usw.

David und Goliath Kraft-Jongleure. MIS Martha Dressur-Akt.

TAFT der berühmte Magier, welcher 5 Personen aus der
freien Menge hervorruft u. verschwinden läßt.

Die lustigen Clowns Tony, Sostman, Manolo, Perez u. Sandro.

Dienstag, den 5. April, 7 1/2 Uhr:

Gala-Première

Mittwoch, den 6. April, auch 3 Uhr nachmittags
unverkürztes Programm.

In der Nachm.-Vorstellung halbe Preise für Kinder.
Jeden Abend um 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung.

Stallbesichtigung u. Tierchau geöffnet von 10-7 Uhr.
Erwachsene 60 Pfennig, Kinder 30 Pfennig.
Circuskassen geöffnet ab 10 Uhr. — Vorverkauf: Buchhandlung
P. Massing, Emmerich, Steinstr. 49/51. Fernruf 59. ck2176

Reinigen Sie zum Frühjahr
Ihr Blut mit

„Waldflora“ Nr. 0

Verkauft in Apotheken u. Drogerien.
Druckschritten erhalten Sie dort kostenlos.

Heiratsgesuch.

Witwer, 2 Kinder,
Deutschler, wohn-
haft in Bocholt, 32
Jahre alt, sucht die
Bes. eines anstän-
digen Mädchens oder
Witwe ohne Vorzug,
nicht über 30 Jahre
alt, zwecks späterer Hei-
rat. Briefe mit Bild,
welches zurückgelandt
wird, unter N. 835
an die Geschäftsstelle
des Bl. erbeten.

Kleinkunstbühne im „Lindenhof“

Samstag 8 Uhr, Sonntag von 11-1 Uhr u. ab 3 Uhr

Doiz und Dötchen

Das orig. Kö. ner komisch exzentrische
Kontrast-Duo

Jupp Bressen (Der Dots) Theo Ralph Mausmann (Das Dötchen)

Typendarsteller Tanzhumorist

Arry Lease

Der mod. Vertrau- u. Or. der k. om. ber.

Eintritt Sonntag abend 0.50 Mk. mit Steuer,
Samstag abend u. Sonntag morgen freier Eintritt

Reit- u. Fahrverein e. B., Bocholt

Der diesjährige

Reit-Turnus

beginnt am Samstag, den 23. April.

Anmeldungen baldigst an Herrn W.

R. noop, Bocholt, Osterstraße 56, erbeten.

Der Vorstand.

F.C.O. Spritzen des
F. C. Olympia

e. V. Weald. Spielverband.

Am Sonntag, 3. April,
nachmittags 3 Uhr:

Eintracht Duisburg F. C. Olympia e. V.

Liga-Mannsch. I. Mannsch.

Gut Hünting

Sonntag, 3. April, ab 4 Uhr:
Großes

Künstler-Konzert

Düsseldorfer
Stimmungskapelle.

Rest. Vierjahreszeiten

Sonntag, den 3. April:

Konzert.

Zu haben in allen Drogerien und
durch Plakate gekennzeichneten
Geschäften.

Preis 40 Pf.
Erhältlich.

Allgemeine
Ordnungskasse
für Bocholt, Werth,
Dingden, Biebrich
u. Rheede. Bocholt.

Ausschub- sitzung

Sonntag, den 10.

April cr; nachmittags

1/4 Uhr im Rassen-
totale Bocholt

Tagungsordnung

1. Abnahme der

Jahresrechnung p.

1926.

2. Satzungsände-
rung § 44

3. Verschiedenes.

Bocholt, d. 1. 4. 1927.

Der Vorstand.

Josef Thomsen.

Bocholt.

Ehem. 144

Ordnungsgruppe Rheede

Am Sonntag, den

3. April, vorm. 11 Uhr

Versammlung

im Hotel Schilling

Tagungsordnung:

1. Aufnahme neuer

Mitglieder

2. Verschiedenes

3. Beste Annahme

der Tagesordnung

für die Teilnahme

an der Feier in

Münster.

12000 000

Anzeigen verkünden

ständig, daß „Hantel“

hiß. Flechten, Pickel,

Schnupfen, Hautfackel,

läst. Schweiß, Hämor-

rhoiden, Beinschäden,

Ausschlag, Krätze,

Schuppen. Seit 15 Jah-

ren 1000000fach be-

währt.

75, 100, 150 Gr. Pack

Mk. 1.50 2.-3.- Auch

Verd. Arsen.

Marien-Apothek,

Nordstr. 11.

Blue Lichte

Langfarre

und 2

Sturzfaren-

der mit Kiste

zu verkaufen.

Näheres in der

Geschäftsstelle.

Bocholt.

Wo gehen wir am Sonntag hin?

Zum „Großen Ausflügen“

Inhaber: R. K. K.

nachmittags punkt 4 Uhr

Werbeveranstaltung

Turn- und Athleten-Verein „Jahn“

und des

Kraftsport- und Turnverein Bocholt

vorstellen

Freundschaftsturnier

im Ringen und Stemen

famillärer Klassen

um den von einem Gewinner der

Bereine gestifteten Pokal.

Feiner Damenreigen, neuzeitliches

Turnen der Jugend, Aufmarsch,

Massenübungen usw.,

wozu alle Sportanhänger freun-

dschaftlich einladet

Der Festausflug. Der Vorstand.

Stadt Münster

Samstag und Sonntag

Original- ck2223

„Jazz-Excentric“

Dampf-Schönfärberei

und chemische Reinigungs-Anstalt

Josef Grafe

Rebenstraße 45.

Empfehle mich für das Frühjahr zum

Reinigen und Färben von Herren-,

Damen- und Kinderkleidern,

Fellen, Pelzen, Vorlagen u. Portieren

Auf Wunsch werden die Sachen

abgeholt und wieder zugestellt.

Trauersachen in einem Tage lieferbar.

Motorräder

gebraucht, von der kleinsten Nadelmaschine bis

zur schwersten Kanone, kaufen Sie billig bei

Heinrich Pieper, Dinkelperstr. 23.